

## **Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021** AIDS-Hilfe Baden-Württemberg / 8. Februar 2021

***Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Themen Diskriminierung und Rassismus gesellschaftlicher Gruppen in Zusammenhang mit chronischen Infektionen und geschlechtlicher Identität sowie sexueller Orientierung? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen diese Form der Diskriminierung in Baden-Württemberg ergreifen?***

Nach dem Regierungswechsel 2011 waren es im Wesentlichen die SPD-geführten Ministerien (Soziales, Kultus, Innen, Integration und Justiz), über die wir umfangreiche Maßnahmenpläne gegen Rassismus und Diskriminierung vorgelegt und dann auch gegen größte Widerstände – insbesondere beim Bildungsplan und beim Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte in Baden-Württemberg“ – bis 2016 umgesetzt haben. Daran wollen wir in der Landesregierung anknüpfen und die in den Plänen festgehaltenen Maßnahmen weiterentwickeln.

Auf neue Herausforderungen wollen wir mit ähnlichem Elan reagieren – etwa in einem Landesaktionsplan gegen Rassismus. Zudem wollen wir eine\*n Antidiskriminierungsbeauftragte\*n ernennen, um die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes zu stärken. Und schließlich wollen wir einen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsartikel in die Landesverfassung aufnehmen, der sexuelle Orientierung, Transidentität und geschlechtliche Vielfalt ausdrücklich benennt.

***Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg diese wichtige Integrations- und Aufklärungsaufgabe der Aidshilfen finanziell unterstützt und wenn ja, in welcher Höhe?***

In der Landesregierung ist es der übliche Weg, dass neue Maßnahmen zunächst einmal beschrieben, mit Beteiligten besprochen und finanziell zum Beispiel mit Förderprogrammen oder Projektmitteln hinterlegt werden. Wenn ein entsprechender Beschluss vorliegt und die Aidshilfen einen guten Vorschlag vorlegen, werden sie dafür sicher auch entsprechend gefördert.

***Wie ist Ihre Meinung zur Erweiterung des Artikels 3 Grundgesetz um das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität?***

In unserem Regierungsprogramm 2017 für den Bund war dies so beschlossen – und unser Parteivorstand hält auch bis heute daran fest. Leider ließ es sich bisher mit unseren Koalitionspartnern im Bund nicht umsetzen.

***Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei zu einer Verbesserung der Präventions- und Behandlungsangebote für die sexuelle Gesundheit von Migrant\*innen in Baden-Württemberg beitragen?***

Migrant\*innen haben dasselbe Recht auf Präventions- und Behandlungsangebote für die sexuelle Gesundheit wie Menschen ohne Migrationserfahrung. Sie sind nur vielfach schlechter zu erreichen. Deshalb brauchen wir mehr niedrigschwellige und zielgruppenspezifische Angebote, um den Zugang zu erleichtern.

***Wie will Ihre Partei die gesundheitliche Versorgung von Migrant\*innen ohne ausreichenden Versicherungsschutz in Baden-Württemberg sicherstellen?***

Die Probleme von Migrant\*innen ohne ausreichenden Versicherungsschutz in der gesundheitlichen Versorgung konzentrieren sich auf die Gruppe der Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus („sans-papiers“). Sozialrechtlich haben sie zwar einen Anspruch auf Behandlung. Aber sie

haben Angst, diesen wahrzunehmen, weil damit offizielle Stellen Hinweise auf ihren Aufenthalt erhalten. Deshalb unterstützen wir die Projekte freier Träger, die die Behandlung auch außerhalb des Sozialrechts sicherstellen.

***Inwiefern wird Ihre Partei dazu beitragen, der Bevölkerung in Baden-Württemberg ein modernes Bild vom Leben mit HIV zu vermitteln?***

Unter den Beteiligten gibt es eine hohe Übereinstimmung bei den wichtigen Maßnahmen: Wissensdefizite in vielen Teilen der Bevölkerung abbauen und ein gesellschaftliches Klima schaffen, das die Akzeptanz erhöht und betroffene Menschen nicht ausgrenzt. Dem schließen wir uns gerne an.

***Welche Ideen haben Sie, Menschen mit HIV zukünftig besser vor Diskriminierung zu schützen (bspw. durch einen vereinfachten Klageweg)?***

Menschen mit HIV sind häufig von Diskriminierung betroffen – keine Frage. Das gilt aber auch für andere Gruppen; alle gemeinsam wollen wir besser schützen. Das muss sich in der Entwicklung des (Bundes-)Rechts widerspiegeln. Im Land wollen wir die Infrastruktur dafür stärken. Schon jetzt leisten Beratungsstellen und Netzwerke für von Diskriminierung Betroffene einen wertvollen Beitrag. Um die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes zu stärken, wollen wir eine\*n Antidiskriminierungsbeauftragte\*n ernennen.

***Wie wird Ihre Partei eine diskriminierungsfreie Behandlung durch Ärzt\*innen und medizinisches Personal in Praxen, Krankenhäusern und Rehakliniken in Baden-Württemberg gewährleisten? Inwiefern wird Ihre Partei zur diskriminierungsfreien Pflege von Menschen mit HIV in Baden-Württemberg beitragen? Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei das Personal im Gesundheitssystem und in Pflegeberufen auf die steigende Zahl älter werdender Menschen mit HIV vorbereiten?***

In Medizin und Pflege gilt genauso wie in allen anderen Lebensbereichen das Antidiskriminierungsrecht. Es ist keine Frage, dass es auch dort zur Anwendung gebracht werden muss. Allerdings geschehen Diskriminierungen gerade in helfenden Berufen in der Regel nicht absichtlich, sondern aus Unkenntnis. Deshalb wollen wir die Kenntnis über HIV und die Vermeidung von Diskriminierungen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für soziale Berufe verbessern.

***Wie stehen Sie der grundsätzlichen Ablehnung von HIV-positiven Bewerber\*innen für den Polizeidienst gegenüber? Wird Ihre Partei sich gegen diese Diskriminierung einsetzen?***

Die grundsätzliche Ablehnung von HIV-positiven Bewerber\*innen für den Polizeidienst ist nicht gesetzeskonform und wird es auch mit unseren Stimmen nicht werden.

***Welche Maßnahmen sind angedacht, um die weltweiten Ziele 90-90-90-0 in naher Zukunft vollständig umzusetzen?***

In Deutschland sind die Ziele, mindestens 90 Prozent aller Menschen mit HIV diagnostiziert zu haben sowie mindestens 90 Prozent mit antiretro-viralen Medikamenten zu behandeln nahezu und das Ziel mindestens 90 Prozent erfolgreiche Therapien erreicht. Das heißt aber nicht, dass in den Anstrengungen nachgelassen werden darf. Weltweit sieht es noch deutlich anders aus. Insofern unterstützen wir alle Anstrengungen gerade in den besonders betroffenen Staaten und Regionen, diesem Ziel näher zu kommen. Das gilt ganz besonders für die von der Bundesregierung unterstützten Maßnahmen und Programme im Hinblick auf die internationale Zusammenarbeit. Vom Ziel „Null Diskriminierung“ ist auch Baden-Württemberg sicher noch weit entfernt. Das wollen wir – mit den oben genannten Maßnahmen – ändern.

**DAS WICHTIGE JETZT**



***Für welche Drogenpolitik steht Ihre Partei und welche Maßnahmen planen Sie?***

Wir stehen ganz klar zum Grundsatz „Hilfe statt Strafe“ und unterstützen die Arbeit der Suchthilfe in Baden-Württemberg. Im Land geht es uns vor allem darum, die Prävention auszubauen und die Behandlungsangebote, insbesondere in der Substitution, zu stärken. Selbst übermäßiger Drogenkonsum muss zwar in bestimmten Maß – zum Beispiel in Drogenkonsumräumen und bei der Diamorphinabgabe – akzeptiert werden, damit Hilfen möglich sind. Das Ziel muss aber immer sein, den Suchtkranken zu helfen, ein Leben ohne – oder jedenfalls mit weniger – Drogen zu führen. Im Bund verfolgen wir dazu etwa das Ziel, den Besitz von kleinen Mengen von Cannabis nicht weiter strafrechtlich zu verfolgen, sondern zukünftig ordnungsrechtlich zu ahnden.

***Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, inhaftierten Menschen in Baden-Württemberg saubere Spritzen und Injektionszubehör zugänglich zu machen?***

Wir haben dazu keine Beschlusslage. Aber in jedem Fall sind wir bereit, mit Expert\*innen über die Ergebnisse der Modellprojekte in anderen Bundesländern oder Erkenntnisse aus anderen Staaten zu sprechen.

***Welche Maßnahmen wird Ihre Partei darüber hinaus ergreifen, um effektive HIV- und STI-Prävention in Haftanstalten umzusetzen?***

Generell gilt für uns, dass für Strafgefangene dieselben Präventionsmaßnahmen wie für die Bevölkerung außerhalb von Haftanstalten sinnvoll sind und grundsätzlich auch dieselben Rechtsansprüche gelten. Das heißt zum Beispiel, dass Präventionsbroschüren und Beratung durch geschulte Sozialarbeiter\*innen ebenso wie etwa Kondome für die Strafgefangenen vorhanden sein müssen. Allerdings ist das Umfeld anders. Deshalb sind die Methoden entsprechend anzupassen.

***Wie steht ihre Partei zu einem Sexkaufverbot?***

Die SPD Baden-Württemberg ist der erste Landesverband der SPD, der einen Beschluss zur Einführung des Sexkaufverbots gefasst hat. Allerdings gehen wir nicht von der Illusion aus, dass mit einem solchen Verbot Prostitution verschwinden würde. Sozialarbeiterische Hilfen wären weiterhin unbedingt erforderlich und wie das Beispiel Schweden zeigt, bleiben die Prostituierten auch für diese gut erreichbar. Sicherheit für Prostituierte gibt es im heutigen System auch nicht.

***Welche Maßnahmen wird ihre Partei ergreifen, um die Lebens- und Arbeitssituationen von Sexarbeiter\*innen zu verbessern?***

Unser Ansatz beim Prostituiertenschutzgesetz ist es, diejenigen schärfer zu kontrollieren, die an der Prostitution wirklich Geld verdienen, weil durch diese häufig Gewalt und Druck gegenüber Prostituierten ausgeübt wird. Außerdem soll der Zugang zu Beratung und zu (Ausstiegs-)Hilfen verbessert werden. In der Praxis sehen wir in Baden-Württemberg in beiden Feldern noch Nachbesserungsbedarf.

***Wird ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Beratungsangebot für Menschen in der Sexarbeit finanziert wird?***

Ja – wobei das Land nicht für die Finanzierung der gesamten Beratungsarbeit zuständig ist.

***Inwieweit wird die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Krisenzeiten, wie der Coronapandemie, gewährleistet?***

**DAS WICHTIGE JETZT**



Das Prostituiertenschutzgesetz ist während der Pandemie nicht ausgesetzt. Die zuständigen Behörden müssen es auch ausführen. Allerdings dürfen sie notfalls Aufgaben priorisieren, wenn – wie jetzt – die Aufgaben trotz aufgestocktem Personal nicht mehr vollständig wahrgenommen werden können. Die Priorisierung muss dabei nachvollziehbar, gerechtfertigt und angemessen sein sowie ggf. auch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.

***In der kommenden Legislaturperiode werden viele Kommunen ihre Förderungen reduzieren und eine Finanzierungslücke in den Aidshilfen hinterlassen. Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg dauerhaft und planungssicher in die Grundfinanzierung der Checkpoints einsteigt und damit die Prävention unterstützt und die Verringerung der Neuinfektionen von HIV/STI – und wenn ja, in welcher Form und Höhe?***

Die Sicherstellung einer angemessenen Beratungsarbeit vor Ort ist die Aufgabe der Kommunen und nicht des Landes. Allerdings kann das Land Standards für das Angebot setzen und mit den Kommunen auch die Einhaltung der Standards inklusive der Finanzierung vereinbaren. Auf dieser Linie wollen wir gern verhandeln.

***Wie wichtig ist Ihnen das kostenlose und anonyme Testangebot auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten an den Gesundheitsämtern im Land? Wird dieses Angebot weiterhin bestehen bleiben?***

Sehr wichtig. Wir sehen keine Gründe, dies zu ändern.

***Unter den Corona-Bedingungen sind die Gesundheitsämter überlastet und es wurde in vielen Ämtern eine Testung auf HIV und andere STI eingestellt oder stark reduziert. Welche Maßnahmen werden hierzu ergriffen, damit die Menschen ihren Status kennen und ggf. schnellst möglich in Behandlung kommen und nicht die Zahlen „nach Corona“ stark ansteigen?***

Die Corona-Pandemie war nicht planbar und hat zur Überlastung der Gesundheitsämter geführt. Dabei mussten die Gesundheitsämter unter ihren Aufgaben priorisieren (siehe oben) Die SPD hat den Bund-Länder-Beschluss zum zügigen Ausbau der Gesundheitsämter („Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“) und den dort fixierten Personalaufbau mitverhandelt und beschlossen. Wir hoffen, dass es damit den Gesundheitsämtern sehr bald und auch schon während der Pandemie möglich wird, wieder sämtlichen Aufgaben nachzukommen.

***Was kann Ihrer Meinung nach getan werden, um eine zeitgemäße, diverse Sexualaufklärung flächendeckend für alle Schüler\*innen zu implementieren?***

Der Bildungsplan, der unter unserer Verantwortung 2016 in Kraft gesetzt wurde und flächendeckend für alle Schüler\*innen gilt, ist die Grundlage unter anderem für eine zeitgemäße, diverse Sexualaufklärung. Er ist eine Vorgabe für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und gibt auch die Richtung vor, in der externe Partner wie etwa pro familia mit ihren sexualpädagogischen Angeboten einbezogen werden können. In der Ausrichtung der Umsetzung des Bildungsplans wäre es dafür sicher besser, wenn die Leitung im Kultusministerium von einer fortschrittlichen Partei besetzt würde.

***Werden auch zukünftig freiwillige Leistungen an die Aidshilfen in Baden-Württemberg gezahlt?***

Wenn das der Haushaltsgesetzgeber für das Land beschließt: Ja. An unseren Stimmen wird das nicht scheitern. Und für die Haushaltsbeschlüsse in den Kommunen und bei anderen Kostenträgern hoffen wir das auch.

**DAS WICHTIGE JETZT**



***Inwiefern wird sich Ihre Partei für die nachhaltige Finanzierung der Aidshilfearbeit in Baden-Württemberg einsetzen?***

Sehr. Allerdings ist (siehe oben) das Land Baden-Württemberg nicht für unbedingt für die Finanzierung der kompletten Aidshilfearbeit in Baden-Württemberg selbst zuständig.

***Inwiefern wird sich Ihre Partei für die Finanzierung zielgruppenspezifischer Präventionsmaßnahmen einsetzen?***

Auch sehr. Allerdings ist (siehe oben) das Land Baden-Württemberg nicht für unbedingt für die Finanzierung aller zielgruppenspezifischen Präventionsmaßnahmen selbst zuständig. Die psychosozialen Beratungsstellen aus dem Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ sind jedoch nach unserer Ansicht seitens des Landes konsequent unterfinanziert – trotz steigender Nachfrage. Dies beenden wir und erhöhen das Kontingent für Beratungsstunden.